
WANN WIR SCHREITEN SEIT' AN SEIT'...

ZUR GESCHICHTE DER SOZIALDEMOKRATIE IN EINBECK

**150
JAHRE**



1869 - 2019
EINBECK

Eine Ausarbeitung
von
Martin Wehner (2019)
und
Eberhard Koch (1976)

■ Vorwort	Seite 3
■ 1869 BIS 2019 = 150 JAHRE SOZIALDEMOKRATIE IN EINBECK <i>(von Martin Wehner)</i>	
■ ...wie alles begann...	Seite 4
■ Organisation ist (nicht) alles	Seite 5
■ Fünf Generationen im Kampf für Gerechtigkeit	Seite 5
■ Von Mehrheiten, Minderheiten und mehr...	Seite 7
■ Wofür wir standen und stehen...	Seite 9
■ Bewahren, Erhalten, Voranbringen	Seite 13
■ SPD-Stadtratsfraktionen 1946 - 2019	Seite 16
■ Parteivorsitzende in Einbeck nach 1945	Seite 19
■ Sozialdemokratische Bürgermeister seit 1948	Seite 20
■ WOHER WIR KOMMEN <i>(von Eberhard Koch)</i>	
■ Einführung	Seite 21
■ Anfänge und das Sozialistengesetz (1860er Jahre - 1890)	Seite 21
■ Von der Reorganisation zum ersten großen Wahlerfolg (1890 - 1918)	Seite 22
■ Die November - Revolution und die 20er Jahre der Weimarer Republik (1918-1930)	Seite 23
■ Kampf und Widerstand gegen den Nationalsozialismus (1930-1945)	Seite 26
■ Der Wiederaufbau der SPD nach 1945	Seite 28
■ Fußnoten	Seite 30

Liebe Leserinnen und Leser!

Aus dem Jahr 1869 stammen die ersten Belege, dass in Einbeck ein Zweigverein des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins (ADAV) existierte, bereits fünf Jahre nach der Gründung des ADAV durch Ferdinand Lassalle in Leipzig. Somit besteht in der Einbecker Kernstadt eine der ältesten Gliederungen der SPD in Südniedersachsen und bundesweit. Einbeck gehört somit zur Keimzelle der deutschen Sozialdemokratie.



150 Jahre Sozialdemokratie in Einbeck bedeutet mindestens 5 Generationen Frauen und Männer im Einsatz für eine gerechtere, eine bessere Welt und für ein liebens- und lebenswertes Einbeck.

Nicht immer war der Einsatz unserer Mitglieder für Ziele und Ideale der Sozialdemokratie frei von Gefahren. Es gab Verbote und Verfolgung in der Zeit des Kaiserreiches, des Nationalsozialismus und des Kommunismus in Ostdeutschland.

Heute streiten wir für unsere Belange in einem der liberalsten Systeme auf der Erde, aber schon wieder sind Gruppierungen mit nationalsozialistischer Idee dabei, die Gesellschaft zu spalten und mit Hass zu überziehen. Dem müssen wir uns entgegenstemmen, unser Einsatz für Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit muss weitergehen.

In dieser Broschüre haben wir wesentliche Ereignisse der örtlichen Geschichte der SPD in Einbeck in 150 Jahren zusammengetragen. Unser Dank gilt den beiden Autoren Eberhard Koch und Martin Wehner sowie Wolfgang Thies für die Gestaltung.

Zusammen gibt es auch künftig viel zu tun. Wir zählen auf alle, die uns nahestehen.


Rita Moos
Vorsitzende


Peter Traupe
Vorsitzender

Von Bürgermeister a.D. Martin Wehner



...wie alles begann...

Am 26.9.1994 haben wir eine Ausstellung in der Halle des alten Rathauses anlässlich des 125-jährigen Jubiläums der Einbecker SPD eröffnet. Eberhard Koch hielt ein Kurzreferat zu seiner Prüfungsarbeit für das Lehramt unter dem Titel „Die Geschichte der SPD in Einbeck und Uslar“. Diese wissenschaftliche Arbeit ist vom Einbecker Geschichtsverein dankenswerterweise veröffentlicht worden und ist somit jedermann zugänglich. Daher werde ich auf diesen Teil der Geschichte der Einbecker SPD heute nicht eingehen. Mein Thema ist die Zeit von 1945 bis heute. Da ich etwa ab 1960 die Politik in Einbeck selbst miterlebt und teilweise auch gestaltet habe, erwartet von mir bitte keine wissenschaftliche Arbeit wie von Eberhard Koch. Ihr werdet viel Erlebtes berichtet bekommen, das enthält natürlich persönliche Bewertungen. Ihr könnt dies anders bewerten, aber ertragen müsst ihr es erst mal.

Im Grunde endet die Arbeit von Koch mit dem Ende des 2. Weltkrieges, dem totalen Zusammenbruch des Deutschen Reiches. Auf einer guten halben Seite beschreibt Koch noch kurz den Wiederaufbau der Einbecker SPD nach 1945. Es waren fast ausschließlich bekannte Personen aus der Weimarer Republik, die 1945 bereit waren, wieder Verantwortung zu übernehmen. Nicht alle mit großer Begeisterung. Einigen musste gut zugeredet wer-

den – wie z.B. Auguste Jünemann -, zu groß war noch die Angst nach dem grauenvollen Geschehen. Und es waren überwiegend Frauen und Männer aus der Arbeiterbewegung, die die Nachkriegsjahre prägten. Sie wollten die „alte Ordnung“ wiederherstellen, d.h. eine Vereinigung mit den Kommunisten – in Einbeck ohnehin bedeutungslos – wurde abgelehnt, andererseits war eine Öffnung in die „bürgerliche“ Gesellschaft nicht vorgesehen. Anders bei den Vorfeld-Organisationen der SPD, bei Gesangs- und Sportvereinen, AWO und den Gewerkschaften. Hier war eine Öffnung bereits 1946 geplant.

Das änderte sich mit dem Godesberger Programm der SPD 1956, welches auch in Einbeck Wirkung zeigte – wenn auch nur langsam. Neben den Rechtsanwälten Urbanczyk und dem Rektor der Pestalozzischule Walter Gernhuber kamen dann zu uns: der Lehrer Fritz Hausmann, Oberstudienrat Dr. Herbert Voges, Dr. Rudolf-Henning Opitz, der Architekt Herbert Schäfer. Ab dem Jahr 1971, in dem ich in den Rat kam, war eine gute Mischung der Gesellschaft in Partei und Fraktion erreicht – eben Volkspartei! Aber als ich 1963 in die Partei eintrat -Danke an Helmut Schmidt-, war ich schon so etwas wie ein Exot: bürgerlich-christliches Elternhaus, Gruppenführer der evangelischen Jungenschaft, Mitglied bei Einbeck 05 und beim TCE – für einige alte Genossen war das sicher schwer zu verstehen. Aber wir haben uns zusammengerauft, manchmal auch wörtlich zu nehmen. Denn die Zeit dieses innerparteilichen Umbruchs war nicht immer friedlich. Ich kann mich an Versammlungen mit über 150 Personen erinnern. Da wurden Vorstände fast komplett ausgetauscht, altbewährte Genossen ersetzt durch völlig Unbekannte. Es gab dadurch

auch viele Verletzungen, manche ältere Genossinnen und Genossen gingen in die innere Emigration – Austreten, so wie heute, das gab es damals nicht. Ich habe dies alles politisch überlebt. Warum weiß ich auch nicht so genau, möglicherweise hatte ich nur das Glück, stets bei den Siegern zu sein. So sah ich meine Aufgabe darin, die aufgerissenen Gräben wieder zuzuschütten. Zumindest teilweise ist mir dies gelungen. So konnte ich Karl-Heinz Deppe, den ehem. Vorsitzenden der SPD-Kreistagsfraktion Einbeck, als meinen Berater im Kommunalwahlkampf 1986 gewinnen und den Tischlermeister Albert Kopper wieder für ein Ratsmandat begeistern. Leider ist mir dies nicht bei allen gelungen. Schade, wertvolle Mitarbeit war dadurch auf Dauer verloren.

Organisation ist (nicht) alles

Wir feiern heute das 150-jährige Jubiläum der Einbecker SPD. Da bin ich nun gehalten etwas zur Struktur der Partei zu sagen. Ein schwieriges Kapitel, da die Strukturen sich mehrfach im Laufe der Jahre verändert haben. Seit der Gründung 1869 bis in die Nachkriegsjahre 1945/46 war der Ortsverein Einbeck ausschließlich auf die Kernstadt begrenzt. Sicher gab es einige Mitglieder, die in den umliegenden Dörfern wohnten, aber Strukturen gab es nur vereinzelt. Das änderte sich nach dem 2. Weltkrieg. Als wir dann in das „Schicksalsjahr“ 1974 kamen, gab es diverse Ortsvereine im Einbecker Umland. Auf die freiwillige Eingliederung der Orte Holtensen, Hullersen, Immensen und Odagsen im Jahr 1971 hat die Partei nicht reagiert. Als dann aber 1974 weitere 27 Dörfer per Gesetz zur Stadt Einbeck kamen, musste gehandelt werden: alle bisherigen Ortsvereine wurden zu Abteilungen im neu-

en großen Ortsverein Einbeck. Nach einigen Jahren kam die Partei auf die Idee, die Abteilungen wieder zu selbständigen Ortsvereinen zu machen. Das Gebilde für die Gesamtstadt hieß nun Stadtverband. Wieder einige Jahre später ging alles wieder rückwärts, und da stehen wir auch heute noch: diverse Abteilungen und ein Ortsverein. Insoweit war die Eingliederung der Gemeinde Kreiensen 2013 kein Problem, die Struktur musste nicht geändert werden.

Fünf Generationen im Kampf für Gerechtigkeit

Wir sollten das nicht weiter vertiefen, weil es für die Bürger ohnehin nicht nachvollziehbar war, für sie gab und gibt es nur eine Einbecker SPD. Nun wird Politik von Menschen gemacht, deshalb verbinden die Bürger auch Namen und Gesichter mit einer Partei. Um so bedauerlicher ist es, dass wir aufgrund der fehlenden Aktenlage nicht vollständig sagen können, wer in all' den Jahren nach 1945 in den Vorständen der SPD mitgearbeitet hat. Einfacher ist es mit den Vorsitzenden: erster Vorsitzender nach 1945 war Hermann Schelm, ihm folgte Gustav Störmer, danach Paul Traupe, dann Martin Wehner gefolgt von Rolf Hojnatzki und – heute – Marcus Seidel. In diese Jahre fallen auch viele Jahre Vorsitz der Abteilung Einbeck-Kernstadt mit Hans-Peter Zahn, Peter Traupe, Wolfgang Thies, René Kopka und Rita Moos. Wesentlich besser sieht die Aktenlage bei den gewählten Vertretern der SPD im Rat der Stadt Einbeck aus. Die Fraktionen sind von 1946 bis heute vollständig aufgelistet. Nun sind aber Vorstände und Fraktionen keine 1-Mann oder 1-Frau Show, da sind viele Namen von Menschen, die in den Jah-

ren und Jahrzehnten mitgearbeitet haben. Ich wage mal, einige zu nennen, in dem Bewusstsein, dass das nicht vollständig sein kann. Ich bitte jetzt schon um Verzeihung, wenn ich die eine oder den anderen nicht genannt habe. Außerdem ist die Reihenfolge rein zufällig ohne jede Wertung.

Da sind Wilhelm Messerschmidt, Auguste Jünemann, Richard Borowski, Kalli Wolter, Gerda und Wilhelm Eisfeld, Marianne Neumann, Albert Kopper, Karl Fromme, August Auel, Gustav Stahlmann, Walter Gernhuber, Heinrich Wollwinkel, Günther und Lothar Urbanczyk, Hiltrud und Karl-Heinz Deppe, Heini Jünemann, Georg Altmann, und Emil Hennecke aus den frühen Jahren zu nennen.

Ab den 60ern kamen dann Fritz Hausmann, Dr. Herbert Voges, Heini Haak, Fred Wunderlich, Herbert und Jürgen Kunze, Rudi Anders, Dr. Rudolf-Henning Opitz, Heinz-Joachim Otto, Alfred Kayser, Walter Eckhardt, Franz-Josef Cestnik, Harald von Riesen, Herbert Müller, Karl-Heinz Just, Burkhard Jablonski und Margot Lipfert dazu.

Mit der Gebietsreform von 1974 dann viele neue Namen, die von da ab unsere Partei geprägt haben: Bernd Amelung, Siegfried Wiedermann, Martin Klaus, Klaus-Dieter Armbrrecht, Wolfgang Reschke, Walter Nennmann, Gerhard Strahlhoff, Margrit Cludius-Brandt, Karl-Heinz Ilse, Herbert Bartsch, Helmut Giesel, Hanna Wenzig, Gerhard Krins, Werner Bode, Walter Bode, August Kahle, Willi Braukmann, Albert Nüsse, Gerald Fricke, Ernst Nüsse, Willi Uhde, Herbert Klein, Albert Bracharz, Ernst Küchemann, Herbert Fleckenstein, Hans-Werner Platzack, Horst Mörs, Reinhard Mahlke, Helmut Severitt, Rolf Met-

je, Herbert Strauch, Angelika Mäuselein-Nüsse, Hilmar Beckmann, Gerda und Rudi Rhode, Irmela und Friedel Kirleis, Günter und Käthe Wedekind, Hanneliese Traupe, Anita Saad-Böhm, Gabriele Zahn, Harald Hennecke, Wolfgang Keunecke, Gundi und Werner Bostelmann, Susanne Hornung, Andrea Fricke, Ruth Leinen-Hafermann, Ulrich Minkner, Reiner Engelke, Rita Bechert, Dr. Wolfgang Auer, Dieter Nagel, Michael Weisensee, Kalle Probst, Hans-Dieter Loycke, Wolfgang Sckopp und Doris Thies.

Und damit sind wir schon fast in der „Neuzeit“, also der Zeit nach der Jahrtausendwende. Natürlich sind viele der eben Genannten Personen noch im Amt, aber es kamen auch Neue hinzu: Alexander Kloss, Eunice Schenitzki, Kosta Vassiliadis, Johanna Schöneberg, Bettina Hillmer, Dietlind und Helmut Ostermann, Henning Thörel, Gitta Kunzi, Dirk Heitmüller, Dennie Klose, Christine Jordan, Anja Preidecker-Seidel, Anette Everlien, Dieter Fiedler, Werner Rimrodt, Rudi Lupp, Andreas Fillips, Detlef Martin, Horst Nennmann, Gerd Hillebrecht, Michaela Schnepel, Daniel Altmann, Florian Koch, Gerhard Mika, Dietmar Klaper, Christian Grave, Thomas Weigmann, Manfred Sudhoff, Hans Radtke, Silke Fillips, Michael Lahmer und Henry Reemts.

Ab 2013 ergänzten dann unsere Kreienser Freunde den Ortsverein Einbeck. Hier seien genannt: Frank Doods, Nadine Seifert-Doods, Eberhard Kunkel, Martin Grund, Ralf Messerschmidt, Klaus-Reiner Schütte, Ernst Schulte, Hans-Jörg Kelpke, Heinz Nolte, Jenny Sue, Marina Goslar, Ulrike Seidel, Andreas Schelm, Marion Schelm, Nicholus Otunga, Reinhold Rieger, Christoph Steinicke und Gerhard Sue.

Von Mehrheiten, Minderheiten und mehr...

Einbeck war stets ein politisch umkämpftes Pflaster, keine Hochburg wie Alfeld für die SPD oder gar Duderstadt für die CDU. Denkbar knappe Mehrheitsverhältnisse prägten die Zeit der Weimarer Republik: bürgerliches Lager und SPD fast immer gleich auf. Dies sollte sich nach 1945 fortsetzen, obwohl sich die Bevölkerung fast verdoppelt hatte und nun ganz anders zusammengesetzt war. So gelang es der SPD bei der ersten Kommunalwahl 1946 nicht, die Mehrheit zu erringen. Erst in der Wahlperiode 1948-1952 war es soweit: 11 SPD Sitze gegen 10 Bürgerliche. Wilhelm Messerschmidt wurde ehrenamtlicher Bürgermeister. Doch schon 1952 war die Mehrheit wieder weg. Da sich hier die bürgerliche Seite nicht einig war, konnte eine Absprache erfolgen: Wilhelm Messerschmidt blieb Bürgermeister bis 1954, dann wurde es Christian Eggers, DP. Das gleiche Ergebnis in der WP 1956-1961: Ernst Karnebogen, BG, war bis 1959 Bürgermeister, dann wurde es Auguste Jünemann. 1961-1964 wieder eine knappe bürgerliche Mehrheit, Wilhelm Dörge, CDU, wurde erstmals Bürgermeister. Dann kam der Triumph von 1964: absolute Mehrheit der SPD, Auguste Jünemann war wieder im Amt. Aber man ahnt es schon: 1968 drehte sich das Karussell wieder nach rechts. Wilhelm Dörge wurde wieder Bürgermeister.

1971 war die erste Eingemeindung, Holtensen, Hullersen, Immensen und Odagsen kamen freiwillig zu Einbeck. Was hatten wir dadurch auf einen politischen Wechsel gehofft, aber daraus wurde nichts.

Wilhelm Dörge blieb Bürgermeister. Das Jahr 1972 und die reguläre Kommunalwahl brachte uns den größten Erfolg der Nachkriegszeit: 19 SPD-Sitze, 16 CDU. Dr. Herbert Voges wurde unser Bürgermeister. Sicher, es war das Datum der berühmten Willy-Wahl, aber wir waren mächtig stolz. Leider konnten wir diesen Erfolg bei der ersten Wahl in der „großen“ Stadt Einbeck 1974 nicht wiederholen. Dennoch gelang es, mit der FDP eine Koalition zu vereinbaren. So blieb Dr. Herbert Voges Bürgermeister. Es war eine schwierige Zeit, diese Koalition bis 1976. Die FDP driftete langsam aber sicher immer weiter nach rechts. Was uns retten konnte war nur ein absoluter Wahlsieg. Und der trat tatsächlich 1976 ein: wieder eine knappe absolute Mehrheit für die SPD. Dr. Herbert Voges konnte also weitere 5 Jahre Bürgermeister sein.

Bis zum Jahre 1981, unserem schlimmsten Nachkriegsjahr. Im Juni trat unser damaliger 1.stellver-



*Die Kandidatinnen und Kandidaten zur Kommunalwahl
2011 auf der Treppe des Alten Rathauses*

tretender Bürgermeister Harald von Riesen zur FDP über, dann verloren wir die Kommunalwahl im Herbst ganz deutlich. Erstmals waren wir als Partei schwächer als die CDU. Obwohl die CDU ohne Bürgermeisterkandidat in die Wahl gegangen war, wurde Wilhelm Dörge wieder Bürgermeister. Für uns galt es nun, wieder Boden gut zu machen. Zum ersten Mal unter meiner Führung. Nach einem fulminanten Wahlkampf waren wir 1986 wieder mit

Abstand stärkste Partei – doch die Bürgerlichen hatten immer noch 1 Sitz mehr als SPD und Grüne. Folge: Wilhelm Dörge blieb Bürgermeister.

Also noch einen Anlauf nehmen: 1991 gelang es dann endlich wieder. Nach 10 Jahren Opposition hatten wir zusammen mit den Grünen 1 Stimme mehr als CDU/FDP. Am 13.11.1991 wählte mich der Rat mit dieser Mehrheit zum ehrenamtlichen Bürgermeister. Da die CDU diesen Verlust nur mühsam verkraftet hatte, sahen wir uns wütenden Angriffen ausgesetzt. Vielleicht hat uns aber genau das geholfen: 1996 konnten wir die Koalitionsmehrheit auf 3 Sitze ausbauen. Ich wurde also als Bürgermeister wiedergewählt.

Zwischenzeitlich hatte der Landtag in Hannover eine neue Kommunalverfassung verabschiedet. Die Zweigleisigkeit – ehrenamtlicher Bürgermeister und hauptamtlicher Stadtdirektor – wurde ersetzt durch einen hauptamtlichen Bürgermeister, wie schon bis 1946 üblich. Anfang 1997 erklärte unser damaliger Stadtdirektor Bernd Röll, dass er ab Januar 1998 einen neuen Job in Berlin habe. Daher mussten wir noch 1997 wählen. Die erste Direktwahl eines Bürgermeisters in Einbeck. Wieder war es ein Wahlkampf unterhalb der Gürtellinie durch die CDU. Aber auch diesmal hat mir das geholfen: im 2. Wahlgang wurde ich, wenn auch knapp, zum hauptamtlichen Bürgermeister gewählt. Dies blieb ich bis zum 31.10.2006. Noch vor der Kommunalwahl 2001 zerbrach unsere Koalition mit den Grünen an unerfüllbaren Forderungen der Grünen Partei – nicht der Fraktion. Als Folge davon trat Johanna Schöneberg zu uns über. Das bedeutete absolute Mehrheit. Bei der KW 2001 war diese wieder



Wahlkampf zur Wahl des ersten hauptamtlichen Bürgermeisters am 7. September 1997

weg. Die CDU versuchte schon damals eine Jamaica-Koalition zu installieren. Ohne Erfolg, da auch hier die Forderungen der Grünen maßlos waren. Am gleichen Tag des Scheiterns von Jamaica gelang es mir, eine Koalition mit der FDP anzuschließen. Kein leichtes Unterfangen, aber es gelang... und zwar für 5 Jahre!

Das Jahr 2006 mit Kommunalwahl und gleichzeitiger Bürgermeisterwahl war wieder eine Zäsur. Als Bürgermeister-Kandidaten hatten wir Ulrich Minkner nominiert, die CDU hatte sich mit der FDP auf einen gemeinsamen Kandidaten geeinigt. Dennoch gelang es Ulrich, die Wahl im 2. Wahlgang hauchdünn für sich zu entscheiden. Die gleichzeitige Kommunalwahl brachte aber eine Jamaica-Koalition zustande. Diesmal schluckten CDU und FDP alle Grünen Kröten – um der Macht willen. Es folgten 5 Jahre Stillstand in Einbeck. Viele Bürger hatten dies bald satt, vor allem aus dem bürgerlichen Lager. Es bildete sich eine Wählergemeinschaft „Gemeinsam für Einbeck“. Damit war das alte Parteiengefüge aufgebrochen, ab 2011 wurde mit wechselnden Mehrheiten regiert. Das sollte sich auch nach der KW 2013 – erforderlich durch die Eingliederung der Gemeinde Kreiensen in die Stadt Einbeck – nicht ändern. Allerdings mit einem „Schönheitsfehler“: bei der Bürgermeister-Direktwahl konnte Ulrich Minkner seine Position nicht verteidigen. Neue Bürgermeisterin ist seitdem Frau Dr. Michalek von der CDU.

Die Kommunalwahl 2016 brachte deutliche Gewinne für die SPD, allerdings keine absolute Mehrheit. Es gibt also auch weiterhin wechselnde Mehrheiten.

Wofür wir standen und stehen...

Das waren Ratszusammensetzungen und handelnde Personen von 1945 bis heute. Wäre ich bei der CDU, würde ich jetzt noch einen schönen Schlusssatz suchen – und dann wäre es das gewesen. Die SPD ist aber auch zu allen Zeiten Programmpartei gewesen. Unser Problem war stets, eine vernünftige Balance zu finden zwischen Programm und dem Streben nach politischer Macht. Eine Diskussion, die CDU und FDP stets fremd war. Programm und Mehrheiten gehören aber zusammen. Einzeln nützen sie niemanden. Eine Mehrheit ohne Programm, ohne Inhalte, führt ins Leere. Ein tolles Programm ohne Mehrheit ist zu nichts nütze. Ich weiß, wovon ich rede: ich war auch 10 Jahre Oppositionsführer in Einbeck.

Also nun etwas zu den Inhalten der Kommunalpolitik der SPD in Einbeck seit 1945. Wilhelm Messerschmidt und Auguste Jünemann mit ihren Mitstreitern brauchten in den ersten Jahren nach dem Krieg keine Inhalte suchen. Die waren vorgegeben: das Lebensnotwendige! Essen und Trinken, Versorgung mit Wasser und Strom, Heizmaterial, Wohnraum, Infrastruktur. Die Einwohnerzahl hatte sich von 1943 bis 1946 fast verdoppelt. Ausgebombte, Evakuierte, Flüchtlinge, Heimatvertriebene waren in diesen Jahren in die Stadt gekommen, und das nicht ganz freiwillig! Nun musste das Zusammenleben organisiert werden, eine wahre Herkulesaufgabe. Unsere Vorgänger haben sie meisterhaft gelöst. Wobei jeder im Laufe der Jahre seinen Vorlieben und Fähigkeiten entsprechend Schwerpunkte entwickelte.

Wilhelm Messerschmidt, Mitbegründer der Wohnungsgenossenschaft „Eigenheim“ stand für Wohnungsbau, aber auch für Sport. Für den Bau des Stadions an der Schützenstraße hat er wesentliche Vorarbeit geleistet.

Auguste Jünemann verkörperte geradezu die soziale Arbeit und die Arbeit für Kinder. Sie war wesentlich an der Wiedergründung der AWO beteiligt, forcierte den Bau von Kindergärten und gilt als geistige Initiatorin des Schullandheimes in Silberborn. Ihr größter Verdienst ist aber zweifellos der Bau des damals neuen Krankenhauses an der Andershäuser Straße. Und das gelang ihr sogar aus der Oppositions-Rolle heraus.

Dann, schon im Übergang zu Dr. Voges, stand der Schulbau im Vordergrund. Aufgrund der mangelhaften Bausubstanz musste die alte Mittelschule am Möncheplatz aufgegeben und abgerissen werden. Ein Neubau entstand am Hubeweg, der erste Schritt zum heutigen Schulzentrum. Bereits wenige Jahre später kam die Entscheidung der Landesregierung zur Einführung der Orientierungsstufe, also die Zusammenfassung aller 5. und 6.Klassen. Aber wohin damit? Unsere Vorgänger entschieden sich für die neue Realschule. Nun war die Frage, wohin mit den Realschülern? Es gab Tendenzen, diese in die Goetheschule zu verlagern und ein neues Gymnasium zu bauen. Die SPD hat sich aber dafür entschieden, eine neue Realschule nebenan am Hubeweg zu bauen und das Gymnasium am alten Standort zu belassen und dort anzubauen. So finden wir es auch heute noch vor.

Damit bin ich jetzt in der Zeit, die ich schon selbst

miterlebt und gestaltet habe. 1971 brauchte die Goetheschule dringend eine neue Sporthalle. Die alte Halle – die heutige Mensa war viel zu klein für einen vernünftigen Sportunterricht. Der Rat war sich einig: eine Sporthalle musste gebaut werden. Aber wohin? CDU/FDP wollten diese Halle in den Creydt'schen Garten bauen. Wo bitte war das? Es waren Gärten entlang der Bahn, am Langen Wall/ Ecke Stiftstraße beginnend bis etwa zur katholischen Kirche, umgeben mit einer hohen Mauer. Wir waren dafür, die Halle auf dem Stadiongelände an der Schützenstraße zu errichten und den Creydt'schen Garten zu öffnen und als öffentlichen Park zu nutzen. Die CDU/FDP Mehrheit beschließt „ihre“ Variante. Allerdings war dies schon sehr im „Blickfeld“ der nächsten Kommunalwahl 1972. Da die Stadtverwaltung unter Stadtdirektor Heinrich Keim unseren Vorschlag für den Richtigeren hielt, wurde die Ausführung des Ratsbeschlusses etwas „verzögert“ – bis zur KW 1972. Mit dem politischen Wechsel kam unser Vorschlag zum Tragen: so entstand aus dem Creydt'schen Garten und Teilen des Stukenbrok-Grundstückes der Stiftsgarten. Und die Goetheschule erhielt eine schöne 3-fach Sporthalle an der Schützenstraße.

1972 war die Zeit reif für Fußgängerzonen. In unseren Nachbarländern gab es das seit Jahren, aber in Deutschland war es schwer und in Einbeck noch schwerer. Unter wütendem Protest der Kaufleute beschlossen wir die Umwandlung der Marktstraße zur Fußgängerzone. Gut 10 Jahre später, 1983 feierten die gleichen Kaufleute eine 10-Jahres-Party!

Das größte Projekt der 70er Jahre war die Stadt-sanierung. Wie bei fast allen Großprojekten waren

die Konservativen dagegen. Heute kann man sich kaum noch vorstellen, wie die Tiedexer Straße und der Breil vor der Sanierung aussahen. Vor allem waren manche Häuser schon damals so gut wie unbewohnbar. Wir haben das tolle Bundesprogramm genutzt und wertvollen Wohnraum in der Innenstadt geschaffen.

Herbert Voges größter Wunsch war eine Musikschule für Einbeck. Sicher, ihm schwebte dabei ein Konservatorium wie in unserer französischen Partnerstadt Thiais vor, aber es bleibt sein Verdienst, dass die Mendelssohn-Musikschule eingerichtet wurde.

Aber nicht alle Wünsche gehen in Erfüllung. So ist der Traum vom Einbecker See nicht Realität geworden. Wir hatten leider stets die verkehrten zuständigen Minister in Hannover – übrigens parteiübergreifend. Zuerst Herrn Glup von der CDU, den „Bauernminister“, dann Frau Griefahn von der SPD, für die Naturschutz alles war. Für beide spielten die Wünsche der Menschen dieser Stadt keine Rolle.

In den 10 Jahren, in denen ich Oppositionsführer war, ist relativ wenig passiert. Das ist normal bei bürgerlichen Mehrheiten. Großer Streitpunkt, allerdings nicht mit der CDU, war der Neubau von Marktkauf am Altendorfer Tor. Wieder ein Riesenauftritt der Kaufleute der Innenstadt mit tendenziöser Berichterstattung durch den NDR. Der Rat hat aber dennoch mit großer Mehrheit so beschlossen.

Wir hatten schon des Öfteren die Erweiterung der Fußgängerzone um den Marktplatz und den Hallenplan beantragt. Immer wieder abgelehnt. In der WP

86-91 nehmen wir nochmals einen Anlauf. Und in geheimer Abstimmung war plötzlich eine Mehrheit da. Die einzige Abstimmung in 10 Jahren, die wir gewonnen haben. Seitdem haben wir die Fußgängerzone so wie sie heute ist.



Mit der Mehrheitsübernahme 1991 hatten wir ein großes Problem geerbt, dass die Konservativen stets vor sich hergeschoben haben: die Sanierung des ehemaligen Heidemann-Geländes. Nach dem Großbrand der Galvanik war erst die Produktionsfirma und dann auch die Verwaltung der Fa. Heidemann in das Industriegebiet an der Hullerser Landstraße verlagert worden. Nun standen die historischen Gebäude am Ostertor leer. Alle Versuche

Das „Neue Rathaus“

unseres Sanierungstreuhanders NILEG, geeignete Nachnutzer aus Industrie, Handel und Gewerbe zu finden, blieben erfolglos. So entstand die Überlegung, alle städtischen Dienststellen hier zu konzentrieren, ergänzt durch die Arbeitsverwaltung. Dabei war ein schnelles Handeln erforderlich: täglich verfiel das alte Gebäude mehr und mehr. Die Opposition aus CDU und FDP, die jahrelang in ihrer Regierungszeit nichts getan hatten, bekämpfte das Vorhaben „Neues Rathaus“ wie der Teufel das Weihwasser. Aber ohne Erfolg. Im Gegenteil: ich behauptete, dass unsere 2 Wahlsiege von 1996 und 1997 maßgeblich durch das Thema „Neues Rathaus“ bestimmt waren.

In den Jahren von 1991 bis 2006 haben wir viel Geld in unsere Schulen investiert. Vor allem der Umbau der Goetheschule und der Geschwister-Scholl-Schule ist hier zu nennen. Aufgrund sich verändernden Schülerzahlen mussten wir auch von Zeit zu Zeit Schuleinzugsbereiche verändern. Stets ein hochemotionales Thema. Ich habe es im Laufe der Zeit gelernt – aber nicht verstanden -: alles, was mit Schule zu tun hat, ist nicht rational zu diskutieren. Besonders deutlich wurde dies, als wir die Hauptschule am Teichenweg verlagern wollten in das Schulzentrum am Hubeweg. Es gab eine Demo der Schüler und Lehrer der Realschule auf dem Marktplatz. Auf die Frage eines Journalisten, warum er denn hier demonstrierte, antwortete ein Realschüler: „ich will die doofen Hauptschüler nicht auf unserem Schulhof haben“.

In den Dörfern stand nach 1974 das Thema Kanalisation auf der Tagesordnung. Außer Rotenkirchen hatte kein Dorf eine biologische Kläranlage. Rela-

tiv schnell wurden die Dörfer im Süden, Osten und Westen an unsere zentrale Kläranlage angeschlossen, die dafür natürlich erweitert worden war. Als dann die Norddörfer an der Reihe gewesen wären, regt sich massiver Widerstand. Einige selbsternannte „Sachverständige“ oder „Heilsbringer“ gingen durch die Lande und versprachen den Leuten, sie könnten das alles viel besser und vor allem billiger als die Stadt oder die Stadtentwässerung. Besonders dieser letzte Satz verfiel. Der Widerstand wurde so groß, dass wir es nicht wagten, den zentralen Anschluss durchzusetzen. Das Einzige was ich erreichen konnte war, dass jedes Dorf für sich selbst entscheiden musste. Damit wurde der Druck der „Heilsbringer“ etwas gemildert. Einige Dörfer bildeten Genossenschaften, andere entschieden sich für Teilkläranlagen, ganz kleine Dörfer erhielten Hauskläranlagen. Bereits nach wenigen Jahren trat bei den Bürgern Ernüchterung ein: das Versprechen, das alles billiger werden sollte, wandelte sich ins Gegenteil. Die Teilkläranlage Kohnsen/Vardeisen musste aufgegeben werden, Stroitz wurde von der Stadtentwässerung übernommen. Etwas Schadenfreude kam da schon bei den seinerzeit Beschimpften auf.

Bauland ist für jede Kommune überlebenswichtig. So haben wir in der Kernstadt und den Dörfern für ausreichend Bauland gesorgt. Das war nicht unumstritten: lange Zeit hatte die Verwaltung versucht, Bauland künstlich zu verknappen. Wir haben uns hier am Wunsch der Bevölkerung orientiert. So entstanden Baugebiete am kleinen Weidenfeld, hinter und neben der Kolonie Sonnenblick, östlich der Carl-Orff-Straße und in vielen Dörfern.

Bewahren, Erhalten, Voranbringen

Ein besonderer Akt war der Kampf um die Erhaltung der kommunalen Trägerschaft der Einbecker Wohnungsbaugesellschaft. Seit 1974 hielten der Landkreis Northeim und die Stadt Einbeck jeweils 45%, 10% hatte der damalige Landkreis Einbeck der Stadt Dassel geschenkt – fürs Nichts-Tun. Und genau diese 10% wollte die Stadt Dassel dann Anfang der 2000-Jahre zu Geld machen. Das nahm unser damaliger Landrat zum Anlass, die 45% des Landkreises auch zu verkaufen. Jetzt wurde es gefährlich: 55%, das wäre eine strategische Mehrheit in fremden Händen gewesen. Nach einer Ausschreibung hatte der Landrat auch schnell einen Favoriten gefunden: einen gewissen Rechtsanwalt aus Belgien. Weil er ein so fantastisches Angebot machte, so 5 oder 6 Millionen EURO. Und als er dann hier war, legte er noch 1Mio€obendrauf. Für uns war klar: eine Heuschrecke! Motto: Firma kaufen, die besten Objekte gewinnbringend verkaufen, Kapital der Firma herabsetzen, Konkurs gehen. Die schlechten Immobilien und frustrierte Mieter wären aber hiergeblieben. Gegen den Rechtsanwalt lief zwischenzeitlich ein Strafverfahren, er ist dann auch verurteilt worden. Doch der Landrat zog seine Verkaufsvorlage für den Kreistag nicht zurück. Da musste man schon zu ungewöhnlichen Mitteln greifen: ich habe unseren Doppelmandatsträgern den vollen Akteninhalt schriftlich übermittelt, mit der Bitte, ihn den anderen Kreistagsabgeordneten weiterzuleiten. So kam es, dass der Kreistag mit großer Mehrheit die Vorlage des Landrates ablehnte. Nun mussten wir aber nach einer anderen Lösung suchen: dies gelang in Absprache mit Sparkasse und Stadtwerken. Beide übernahmen die Anteile des

Landkreises und der Stadt Dassel. Ergebnis: EWG weiter in Einbecker Hand!

Nächste Rettungsaktion: Eick'sches Haus. Die akute Einsturzgefahr zwang zu ungewöhnlichen Überlegungen. Der Eigentümer hatte kein Geld, die Stadt durfte nicht eintreten. So entstand die Idee einer Stiftung der Bürger. Viele haben sich hier dankenswerterweise eingebracht, als Stifter oder als Spender. Eine großartige Gemeinschaftsleistung. Dennoch muss ich eindeutig feststellen, dass die Idee einer Stiftung von Herrn Sparkassendirektor Jürgen Renken und mir entwickelt und umgesetzt wurde, nicht von den späteren Stiftern.

Und damit sind wir schon fast im „heute“. In Ulrich Minkners Amtszeit als Bürgermeister fällt als Glanzpunkt die Errichtung des PS-Speichers. Sicher, keine kommunale Einrichtung, sondern eine private Investition. Aber es gehörte schon viel Einfühlungsvermögen und Fingerspitzengefühl dazu, mit dem Stifter gemeinsam ein solches Leuchtturm-Projekt zu gestalten. Es ist großartig gelungen.

Nicht so bedeutend, aber für alle Einbecker – besonders die Älteren – wunderschön, ist die Tatsache, dass wir wieder unsere alten geliebten EIN – Auto-kennzeichen fahren können. Und das verdanken wir hauptsächlich der Beharrlichkeit von Ulrich Minkner. Ebenso die schnelle und gute Neugestaltung des ehem. Poser-Geländes. Die derzeitige Ratsmehrheit sollte sich daran ein Beispiel nehmen, ich sage nur Neustädter Kirchplatz und Möncheplatz!

Zum guten Ende: ein langer Kampf über viele Wahlperioden mit einem Happy End! Es erfüllt mich

mit Freude und Genugtuung, dass sich ein langer Kampf gelohnt hat: die Reaktivierung der Bahnstrecke von Einbeck-Mitte nach Salzderhelden. Wie viel Kraft war nötig, um alle Angriffe auf den Schienenverkehr der Ilmebahn abzuwehren, die Häme von Kritikern zu ertragen. Besonders von einem Konservativen, der auch mal kurz für die CDU im Rat saß. Er hielt sich immer für den schlauesten Kaufmann Einbecks. Besonders die Schiene der Ilmebahn war ihm ein Dorn im Auge. Einmal schaltete er eine Anzeige in der EM mit dem Bild des Prellbocks an der Sachsenbreite – oder war es noch der in Juliusmühle? – mit der Überschrift: „Zug ins Nirgendwo“. An diese Anzeige habe ich gedacht, als ich kürzlich das erste Mal von Göttingen direkt nach Einbeck-Mitte fuhr. Danke an Ministerpräsident Stephan Weil und Landesminister Olaf Lies, an den früheren Ilmebahngeschäftsführer Bernd Amelung und alle Mitstreiter. Ein ganz tolles Erlebnis.



So, dass war ein gestraffter Durchgang durch mehrere Jahrzehnte Einbecker Kommunalpolitik mit dem Schwerpunkt auf sozialdemokratische Leistungen. Zur aktuellen Politik in unserer Stadt möchte ich nicht Stellung nehmen. Dazu gibt es Berufenere. Eine Ausnahme mache ich aber doch: die Entscheidung der derzeitigen Ratsmehrheit zum Ausbau der Tiedexer Straße und den Straßenausbaubeiträgen ist nicht nur ein Stück aus dem Tollhaus, sondern verstößt m.E. gegen die Nieders. Kommunalverfassung. Hier ist die Kommunalaufsicht gefordert! Es kann nicht angehen, dass die Baumaßnahme Tiedexer Straße in voller Höhe im Haushalt steht und zu ihrer Finanzierung Straßenausbaubeiträge eingesetzt sind, die führenden Vertreter der Fraktionen im Rat erklären, dass sie gar keine erheben wollen. Das ist Betrug oder Täuschung!

Wenn Sie noch einmal in Ruhe die Jahrzehnte Revue passieren lassen, wird deutlich, dass immer, wenn Sozialdemokraten in Einbeck eine Mehrheit hatten, große Projekte bewegt wurden. Die Stadt wurde weiterentwickelt, nach vorne gebracht. Im Umkehrschluss: in bürgerlichen Regierungszeiten ging es wesentlich ruhiger zu, nach dem alten Mikado-Grundsatz: der erste, der sich bewegt, ist raus! Am Schlimmsten aber war Jamaica. Absoluter Stillstand. Diese Zeiten dürfen sich nie wiederholen!

150 Jahre Sozialdemokratie in Einbeck, d.h. mindestens 5 Generationen Frauen und Männer im Einsatz für eine gerechtere, eine bessere Welt, für eine liebens- und lebenswerte Stadt, für ein „wir fühlen uns hier wohl“. Allen, die über die Jahrzehnte dazu beigetragen haben, gilt heute mein ausdrücklicher Dank. Möglich war vieles nur durch unsere große

gegenseitige Solidarität. Miteinander – nicht gegeneinander. Wie es so schön in unserem alten Arbeiterlied heißt:

Wann wir schreiten Seit' an Seit'
 und die alten Lieder singen
 und die Wälder widerklingen
 fühlen wir, es muss gelingen:
 Mit uns zieht die neue Zeit,
 Mit uns zieht die neue Zeit.

7. Wann wir schreiten. M. Engert.

O e D G O

1. Wann wir schrei-ten Seit' an Seit' und die
 und die Wäl-der wi-ber-
 al-ten Die-ber fin-gen und die Wäl-der wi-ber-
 füh-len wir es muß ge-lit-ten gen:
 Mit-ten, füh-len wir es muß ge-lin-gen:
 mit uns zieht die neu-e Zeit!
 mit uns zieht die neu-e Zeit!

*Recherche und Zusammenstellung von Martin Wehner.
Die jeweiligen Fraktionsvorsitzenden sind fett gedruckt.*

1946 – 1948

Auel, August
Bube, Wilhelm
Deppe, Karl sen.
Eisfeld, Gerda
Fromme, Karl
Kuez, Hermann
Messerschmidt, Wilhelm
Sauthoff, August
Schelm, Hermann
Stahlmann, Gustav
Urbanczyk, Günter (ab Okt. 1947)
Wille, Karl (bis Okt. 1947)

1948 – 1952

Auel, August
Bünger, Grete (ab Jan. 1952)
Deppe, Karl (bis Dez. 1951)
Eisfeld, Gerda
Fromme, Karl
Gernhuber, Walter
Jünemann, Auguste
Kuez, Hermann
Messerschmidt, Wilhelm
Urbanczyk, Günter (bis Juli 1949)
Wegener, Alfred (ab Juli 1949)
Wegener, August
Wolter, Karl

1952 – 1956

Auel, August

Eisfeld, Gerda
Fromme, Karl
Gernhuber, Walter (bis Okt. 1954)
Jünemann, Auguste
Kopper, Albert
Linczak, Albert
Messerschmidt, Wilhelm
Wegener, August
Wollwinkel, Heinrich (ab Okt. 1954)

1956 – 1961

Auel, August
Deppe, Karl-Heinz
Eisfeld, Gerda
Fromme, Karl
Hausmann, Fritz
Jünemann, Auguste
Messerschmidt, Wilhelm
Wegener, August
Wollwinkel, Heinrich

1961 -1964

Auel, August
Eisfeld, Gerda
Fromme, Karl
Hausmann, Fritz (bis Feb. 1962)
Hennecke, Emil
Jünemann, Auguste
Messerschmidt, Wilhelm
Prinz, Willi (ab Feb. 1962)
Thewes, Willi
Dr. Voges, Herbert
Wollwinkel, Heinrich

1964 – 1968

Bünger, Albert

Eisfeld, Gerda
Fremdling, Hermann
Fromme, Karl
Hennecke, Emil
Jünemann, Auguste
Messerschmidt, Wilhelm
Störmer, Gustav
Traupe, Paul
Urbanczyk, Günter
Dr. Voges, Herbert

1968 – 1971

Deppe, Hiltrud
Hennecke, Emil
Jünemann, Heini
Dr. Opitz, Rudolf-Henning
Schäfer, Herbert (bis Nov. 1970)
Störmer, Gustav
Traupe, Paul
Urbanczyk, Lothar
Von Riesen, Harald (ab Nov. 1970)
Dr. Voges, Herbert
Wunderlich, Fred

1971 – 1972

Deppe, Hiltrud
Hennecke, Emil
Just, Karl-Heinz
Dr. Opitz, Rudolf-Henning
Traupe, Paul
Urbanczyk, Lothar
Von Riesen, Harald
Wehner, Martin
Wunderlich, Fred
Dr. Voges, Herbert
Zahn, Hans-Peter

1972 – 1974

Beckmann, Hilmar
 Bruchmann, Horst (ab Jan. 1974)
 Cestnik, Fanz-Josef
 Jablonski, Burkhard
 Just, Karl-Heinz
 Kopper, Albert (bis Dez. 1973)
 Kunze, Herbert
 Kunze, Jürgen
 Lipfert, Margot
 Müller, Herbert
 Munzli, Hans-Jürgen
 Petrat, Egon
 Rhode, Rudolf
 Sölter, Albert (bis Dez. 1972)
 Traupe, Paul
 Dr. Voges, Herbert
 Voges, Jutta (ab März 1973)
Von Riesen, Harald
 Wehner, Martin
 Wunderlich, Fred
 Zahn, Hans-Peter

1974 – 1976

Amelung, Bernd
 Beckmann, Hilmar
 Jablonski, Burkhard
 Just, Karl-Heinz
 Kahle, August
 Küchemann, Ernst
 Lipfert, Margot
 Müller, Herbert
 Nennmann, Walter
 Peter, Erich
 Reschke, Wolfgang

Rhode, Rudolf
 Traupe, Paul
 Uhde, Willi
 Dr. Voges, Herbert
Von Riesen, Harald
 Wehner, Martin
 Wunderlich, Fred
 Zahn, Hans-Peter

1976 – 1981

Amelung, Bernd
 Bartsch, Herbert
 Beckmann, Hilmar
 Jablonski, Burkhard
 Just, Karl-Heinz
 Kahle, August
 Küchemann, Ernst
 Lipfert, Margot
 Müller, Herbert
 Nennmann, Walter
 Rhode, Rudolf,
 Severitt, Helmut
 Dr. Voges, Herbert

Von Riesen Harald (bis Juni 1981,
 Fraktionsvorsitzender bis 1980)

Wehner, Martin
 (Fraktionsvorsitzender ab 1980)
 Wiedermann, Siegfried
 Wunderlich, Fred
 Zahn, Gabriele
 Zahn, Hans-Peter

1981 – 1986

Amelung, Bernd
 Bartsch, Herbert
 Jablonski, Burkhard

Just, Karl-Heinz
 Kahle, August
 Kirleis, Irmela
 Müller, Herbert
 Nennmann, Walter
 Rhode, Rudolf
 Severitt, Helmut
 Dr. Voges, Herbert
 Wedekind, Käthe
Wehner, Martin
 Wunderlich, Fred
 Zahn, Hans-Peter

1986 – 1991

Amelung, Bernd
 Bartsch, Herbert
 Beckmann, Hilmar
 Bracharz, Albert
 Eckhardt, Walter
 Jablonski, Burkhard
 Just, Karl-Heinz
 Kahle, August
 Kirleis, Irmela
 Minkner, Ulrich
 Nennmann, Walter
 Rhode, Rudolf
 Severitt, Helmut
 Wedekind, Käthe
Wehner, Martin
 Wunderlich, Fred
 Zahn, Hans-Peter

1991 – 1996

Amelung, Bernd
 Bartsch, Herbert
 Beckmann, Hilmar

Bracharz, Albert
 Cludius-Brandt, Margrit
 Engelke, Reiner
 Jablonski, Burkhard
 Just, Karl-Heinz
 Kahle, August
 Kirleis, Irmela
 Minkner, Ulrich
 Müller, Herbert
 Severitt, Helmut
 Wedekind, Günter
 Wedekind, Käthe
 Wehner, Martin
Zahn, Hans- Peter

1996- 2001

Amelung, Bernd
 Dr. Auer, Wolfgang
 Bartsch, Herbert
 Bechert, Rita
 Beckmann, Hilmar
 Bracharz, Albert
 Cludius-Brandt, Margrit
 Jablonski, Burkhard
 Kopper, Alfred
 Leinen-Hafermann, Ruth
 Metje, Rolf
Minkner, Ulrich
 Müller, Herbert
 Nagel, Dieter
 Schöneberg, Johanna (ab 1999)
 Siegmann, Karla
 Traupe, Peter
 Wedekind, Günter
 Wedekind, Käthe

Wehner, Martin (bis Dez.1997)
 Weisensee, Michael (ab Jan. 1998)

2001 – 2006

Amelung, Bernd
 Dr. Auer, Wolfgang
 Bartsch, Herbert
 Beckmann, Hilmar
 Bracharz, Albert
Cludius-Brandt, Margrit
 (Fraktionsvorsitzende ab 2005)
 Jablonski, Burkhard
 Kloss, Alexander
 Metje, Rolf

Minkner, Ulrich

(Fraktionsvorsitzender bis 2005)
 Nagel, Dieter
 Schaper, Berthold
 Schenitzki, Eunice
 Schöneberg, Johanna
 Siegmann, Karla
 Thies, Wolfgang (bis Feb.2006)
 Traupe, Peter (ab Feb. 2006)
 Vassiliadis, Kosta

2006 – 2011

Amelung, Bernd
 Dr. Auer, Wolfgang
 Beckmann, Hilmar
 Bracharz, Albert
Cludius-Brandt, Margrit
 Döhrel, Gabriele (bis Juli 2007)
 Giesel, Helmut
 Hillmer, Bettina
 Jablonski, Burkhard
 Kloss, Alexander

Metje, Rolf
 Nagel, Dieter
 Ostermann, Dietlind
 Schenitzki, Eunice
 Sckopp, Wolfgang
 Seidel, Marcus (ab Juli 2007)
 Vassiliadis, Kosta

2011 – 2013

Amelung, Bernd
 Dr. Auer, Wolfgang
 Bracharz, Albert
Cludius-Brandt, Margrit
 Fillips, Andreas
 Giesel, Helmut
 Hojnatzki, Rolf
 Jablonski, Burkhard
 Kloss, Alexander
 Nagel, Dieter
 Nennmann, Horst
 Ostermann, Dietlind
 Schenitzki, Eunice
 Seidel, Marcus

2013 – 2016

Amelung, Bernd
 Dr. Auer, Wolfgang
Cludius-Brandt, Margrit
 Doods, Frank
 Fillips, Andreas
 Heitmüller, Dirk
 Hillmer, Bettina
 Hojnatzki, Rolf
 Kloss, Alexander
 Kopka, René
 Kunzi, Gitta

Martin, Detlef
 Messerschmidt, Ralf (bis Aug. 2016)
 Minkner, Ulrich
 Nennmann, Horst
 Schenitzki, Eunice
 Schulte, Ernst (ab Aug.2016)
 Schütte, Klaus-Reiner
 Seidel, Marcus
 Vassiliadis, Kosta

2016 – 2021

Doods, Frank
 Fillips, Andreas
 Grund, Martin
 Heitmüller, Dirk
Hojnatzki, Rolf
 Jordan, Christine
 Kelppe, Hans Jörg
 Klose, Dennie
 Kloss, Alexander
 Kopka, René
 Kunzi, Gitta
 Martin, Detlef
 Mika, Gerhard
 Minkner, Ulrich
 Nennmann, Horst
 Schenitzki, Eunice
 Schütte, Klaus-Reiner
 Seidel, Marcus
 Thies, Wolfgang

Parteivorsitzende in Einbeck nach 1945

Hermann Schelm
 Ortsvereinsvorsitzender
 bis 22.7.1956

Gustav Stoermer
 Ortsvereinsvorsitzender
 Febr. 1957 - Febr. 1967

Paul Traupe
 Ortsvereinsvorsitzender
 Febr. 1967 - Jan. 1973
 Abteilungsvorsitzender
 Dez. 1981 - Mai 1987

Martin Wehner
 Ortsvereinsvorsitzender
 Jan. 1973 - Febr. 1974
 Vors. Gesamtortsverein
 Febr. 1974 - Nov. 1987
 Stadtverbandsvorsitzender
 Nov. 1987 - Jan. 1994

Hans-Peter Zahn
 Abteilungsvorsitzender
 Febr. 1974 - Dez. 1981

Peter Traupe
 Ortsvereinsvorsitzender
 Mai 1987 - März 1997
 Juni 2005 - Juni 2009
 Abteilungsvorsitzender
 Juni 2009 - Mai 2011
 und seit Sept. 2018

Rolf Hojnatzki
 Stadtverbandsvorsitzender
 Jan. 1994 - Juni 2009
 Vors. Gesamtortsverein
 Juni 2009 - Dez. 2011

Wolfgang Thies
 Ortsvereinsvorsitzender
 März 1997 - Juni 2005

René Kopka
 Abteilungsvorsitzender
 Mai 2011 - Sept. 2018

Marcus Seidel
 Vors. Gesamtortsverein
 seit Dez. 2011

Rita Moos
 Abteilungsvorsitzende
 seit Sept. 2018

Nach der Gemeindereform von 1973 wurden alle Ortsvereine in den Grenzen der Stadt Einbeck Abteilungen, Ab Mai 1987 wurde die Kernstadt wieder Ortsverein und ab Juni 2019 wieder Abteilung.



WILHELM MESSERSCHMIDT
1948-1954



AUGUSTE JÜNEMANN
1959-1961 und 1964-1968



DR. HERBERT VOGES
1972-1981



MARTIN WEHNER
1991-1997 (ehrenamtlich)
1998-2006 (hauptamtlich)



ULRICH MINKNER
2006-2013 (hauptamtlich)

Von Eberhard Koch (Die Geschichte der SPD in Einbeck und Uslar. Von den Anfängen bis zum Wiederaufbau der lokalen Organisationen nach 1945. Eine vergleichende Studie. Schriftliche Hausarbeit im Rahmen der fachwissenschaftlichen Prüfung für das Lehramt an Gymnasien. Göttingen 1976.)

Einführung

In Einbeck besteht einer der ältesten Ortsvereine der SPD in Südniedersachsen. Denn aus dem Jahr 1869 stammen die ersten sicheren Belege, dass auch hier ein Zweigverein des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins (ADAV) existierte, bereits fünf Jahre nach der Gründung des ADAV durch Ferdinand Lassalle in Leipzig. Einbeck gehört somit zum Urgestein der deutschen Sozialdemokratie.

125 Jahre sind eine Zeitspanne, mit der die menschliche Erinnerung bereits überfordert ist, wenn nichts aufgeschrieben oder dokumentiert wird. Die vielen Gespräche, die ich in den 70er Jahren im Vorfeld meiner Examensarbeit mit alten Einbecker Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten führen konnte, reichten im äußersten Fall bis zum ersten Weltkrieg zurück. Auch hatten sich - menschlich nur zu verständlich - viele Lücken und Ungenauigkeiten in die Erinnerung eingeschlichen, wenn man die mündlichen Angaben mit schriftlichen Dokumenten aus den Archiven verglich. Es ist daher wichtig, von Zeit zu Zeit die eigene Geschichte schriftlich zu sichern und selbstkritisch aufzuarbeiten, wie es die Einbecker SPD schon mehrfach getan hat (so 1929 und 1989). *Fußnote 3*

Anfänge und das Sozialistengesetz (1860er Jahre -1890)

In Einbeck waren Zigarrenarbeiter und Schneidergesellen die Pioniere der Sozialdemokratie. Zunächst fanden sich in den frühen 1860er Jahren Etwa 40 Zigarrenarbeiter in einem Arbeitergesangverein zusammen, der durch seinen Namen, „Lassallia“ bereits eine politische Tendenz erkennen ließ. Aus diesem Gesangverein gingen zwischen 1867 und 1869 die erste örtliche Gewerkschaft, natürlich die der Tabakarbeiter, und ein Zweigverein des sozialdemokratischen ADAV mit 110 Mitgliedern(!) hervor. Warum gerade die Zigarrenarbeiter so aufnahmebereit für sozialistische Gedanken waren, erklärt sich aus ihrem Status und ihrer Arbeitsweise: Sie wurden schlecht bezahlt und waren sozial kaum abgesichert, da das Zigarrendrehen kein klassischer Handwerksberuf mit zünftlerischer Tradition war. Andererseits erlaubte die Tätigkeit aber ein Höchstmaß an Kommunikation, da kein Maschinenlärm störte, so dass während der Arbeit sogar aus Zeitungen und Büchern vorgelesen werden konnte, was reichlich geschah. Und die Kollegen arbeiteten für den jeweiligen Vorleser mit. Kein Wunder, dass die Zigarrenfabriken geradezu Zentren sozialdemokratischer Agitation wurden.

1878, noch kurz vor dem Sozialistengesetz Bismarcks, schlossen sich auch die Schneidergesellen der Firma Fels, darunter auch Heinrich Röttger, dem Einbecker „Arbeiter-Wahlverein“ an.

Dieser neue Name für die Partei war nach 1875 auch in Einbeck eingeführt worden, nachdem Las-

sallaner und Eisenacher (A. Bebel / W. Liebknecht) sich auf Reichsebene zur Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD) zusammengeschlossen hatten.

Schon kurz danach wurde die noch kleine und auf die Stadt Einbeck begrenzte sozialdemokratische Bewegung infolge des Sozialistengesetzes verboten. Das betraf den „Arbeiter-Wahlverein“, die (sozialistischen) Gewerkschaften der Zigarrenarbeiter und der Schneider und sogar den Gesangverein, „Lassallia“, der als sozialistisch angesehen und ebenfalls aufgelöst wurde.

Erlaubt blieb nur ein unpolitischer Zigarrenarbeiter - Gesangverein. Aber der hatte es in sich, denn er diente während der Verbotszeit als illegale Tarnorganisation der Sozialdemokraten. Von hier aus wurden insgeheim Flugblätter verteilt, die Reichstags-Wahlkämpfe vorbereitet und geheime Treffen und Versammlungen arrangiert.

Die illegale politische Tätigkeit war nicht ungefährlich. Von Polizeibeamten und Spitzeln drohte Gefahr. Und wurde jemand wegen sozialdemokratischer Agitation überführt, dann drohte unter Um-

ständen der Verlust des Arbeitsplatzes oder gar im Extremfall die Ausweisung aus der Heimatstadt. Trotz dieser unangenehmen Erfahrungen mit der Staatsgewalt gab es keine Anzeichen, die auf eine Radikalisierung der Einbecker Sozialdemokratie in der Zeit des Sozialistengesetzes hindeuteten.

Von der Reorganisation zum ersten großen Wahlerfolg (1890 - 1918)

Nach dem Fall des Sozialistengesetzes 1890 dauerte es erstaunlich lange, bis sich die Sozialdemokraten in der Legalität reorganisiert hatten. Obwohl die SPD bei den Reichstagswahlen 1890 und 1893 erstmals stärkste politische Kraft in Einbeck wurde, fehlte es dem Arbeiterwahlverein bis 1896 an innerer Stabilität. Hier zeigten sich auch die Folgen des Strukturwandels in der Einbecker Industrie: Während die Bedeutung des Tabak- und Textilgewerbes zurückging, wuchsen neue Industriezweige heran und veränderten damit auch die Größe und die Zusammensetzung der Arbeiterschaft in Einbeck.

Das wirkte sich in den 90er Jahren zunehmend auf die SPD aus: Der einst bestimmende Einfluss der Zigarrenarbeiter ging zurück; Weber, Formste-

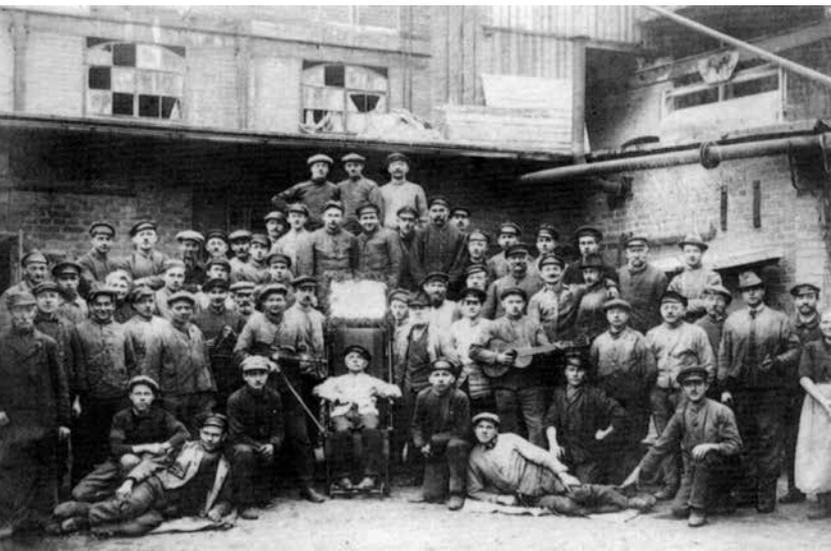


Bild 1: Arbeiter in Einbeck ca. 1920. Aufnahme vor der Zuckerfabrik anlässlich eines 50jährigen Betriebsjubiläums. Bekannte Personen: 1 .v.r. (A) Bertine Matowski, Reinigungskraft und Sacknäherin; 2.v.r. Karl Clodius; 3.v.r. Betriebsleiter Althaus; 4.v.r. knieend Willi Brandt; letzte Reihe 2.v.r. Albert Huwald, Bierfahrer (?); r. hinter der Gitarre mit Schnäuzer Georg Nolte; r. neben ihm Herr Kerl v.d. Baus- traffe; vorne li. liegend Hermann Oppermann; dahinter mit der Geige August Nitter; mit der Triangel Wilhelm Gerke; 1. Reihe 1.v.li Christian Martin, Schlosser im Kesselhaus; 3.v.li. Willi Walter („Tarzan“); r. dahinter Hannchen Strauß; li. vor der Triangel Herr Garbe; zwei Personen hinter Chr. Martin August Jünemann; li. hinter H. Strauß Hermann Lühmann aus Ellensen; rechts daneben mit verschränkten Armen Christian Meyer („Blauer Meyer“); drei Reihen hinter der Geige bzw. letzte Reihe 7.v. li. wohl Hermann Schelm. Fotografiert Carl Boelte, Einbeck.

cher, Fabrikarbeiter und andere erweiterten die Basis (*Bild 1*). Die Sozialdemokraten wurden nun zur umfassenden und in der Arbeiterschaft allgemein anerkannten Arbeiterpartei, die ihren Einfluss auch auf die umliegenden Dörfer ausdehnen konnte. Parallel entstanden nach 1890 in rascher Folge zahlreiche sozialdemokratische Gewerkschaften neu bzw. wieder.

Die Schwerpunkte der politischen Arbeit vor dem ersten Weltkrieg wurden durch die Reichstagswahlen bestimmt. Nur auf nationaler Ebene gab es ein einigermaßen liberales und demokratisches Wahlrecht, das den Sozialdemokraten Chancen und die Hoffnung bot, auf friedlichem Wege für die Veränderung von Staat und Gesellschaft zugunsten der Arbeiterschaft zu kämpfen. Auf Landesebene und auf kommunaler Ebene verhinderten das preußische Dreiklassenwahlrecht und entsprechende Besitzbürger - Wahlrechte, dass sozialdemokratische Kandidaten überhaupt eine Chance bekamen, politisch mitzubestimmen. Die Konzentration auf Zeitpunkte und Themen der Reichstagswahlen erschien daher plausibel. Ab Ende der 90er Jahre wurde Einbeck immer mehr die sozialdemokratische Schaltzentrale für den ganzen Reichstagswahlkreis, der die damaligen Kreise Einbeck, Uslar, Northeim und Osterode umfasste.

Den größten Erfolg errang die SPD in diesem Wahlkreis im Jahre 1912: Erstmals gelang es ihr unter Ausnutzung von Streitigkeiten im bürgerlichen Lager, den Wahlkreis direkt zu gewinnen: Der Sozialdemokrat Karl Deichmann, in Uslar geborener Tabakarbeiter und damals Gewerkschaftssekretär in Bremen, zog direkt in den Reichstag ein.

Doch trotz dieses Triumphes war die politische Bilanz vor dem ersten Weltkrieg nicht nur positiv: Die Partei war zwar gut organisiert sie wuchs kontinuierlich, aber ihr Einfluss reichte über die Kreise der Arbeiterschaft nicht hinaus. Auf vielen Versammlungen machten sich Langeweile und Leerlauf breit da konkrete politische Handlungsmöglichkeiten vor Ort fehlten. Nur wenige und immer dieselben ergriffen das Wort. Auch in Einbeck war die Arbeiterschaft politisch und gesellschaftlich vom Bürgertum isoliert. Sie schuf sich ihre eigenen Vereine, Feste, Feiern und Einkaufsmöglichkeiten, spiegelbildlich zum Bürgertum. Abgrundtiefes staatliches und bürgerliches Misstrauen schlug Arbeitern vor allem auf Ämtern entgegen, eine Klassengesellschaft selbst in der Kleinstadt.

Der erste Weltkrieg unterbrach die politische Arbeit der SPD. Die Mehrzahl der Sozialdemokraten zog patriotisch in den Krieg, gegen den vorher auch in Einbeck noch vergeblich demonstriert worden war.

Die November - Revolution und die 20er Jahre der Weimarer Republik (1918-1930)

Mit der November - Revolution 1918 eröffneten sich den Einbecker Sozialdemokraten erstmals Möglichkeiten politischen Handelns vor Ort. Im Arbeiter- und Soldatenrat (ASR), der am 9.11.1918 gegründet und am 10.11.1918 von der versammelten Bevölkerung auf dem Marktplatz gewählt wurde, hatten die Sozialdemokraten eine klare Mehrheit und stellten mit Fritz Lohmann auch den führenden

politischen Kopf dieses Gremiums. Nur reichten die Kompetenzen des ASR nicht weit genug: Der ASR ersetzte die alte kaisertreue Verwaltung nicht, sondern er arbeitete nebenher, kümmerte sich um die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung, sorgte sich um Lebensmittelversorgung, Brennholz und die Aufrechterhaltung der Produktion in den Betrieben. Die eigentlich beabsichtigte Kontrolle der Stadt- und Kreisbehörden funktionierte immer weniger, bis sie schließlich ganz eingestellt wurde. *Fußnote 4*

Die Mehrheit der Einbecker SPD sah in den Räten denn auch nur eine Übergangslösung bis zur demokratischen Neuwahl der Parlamente im Januar 1919.

Doch die Hoffnungen auf eine rote Mehrheit im Bürgervorsteher - Kollegium (= Stadtrat) erfüllten sich nicht. Es reichte nur zum Patt mit den zwischenzeitlich wiedererstarbten bürgerlichen Parteien, die sich in einer Bürgerliste gegen die drohende Machtübernahme der SPD zusammengeschlossen hatten. Generell lässt sich über die politischen Mehrheitsverhältnisse in Einbeck während der Weimarer Republik sagen, dass sie immer knapp und umkämpft waren. Die Pattsituation von 1919 verschob sich 1924 zugunsten der bürgerlichen Kräfte, während es 1929 erstmals der SPD gelang, eine knappe Mehrheit zu erringen.

Die Anfangsjahre der Republik zwischen 1919 und 1923 waren auch in Einbeck geprägt durch erbitterte Machtkämpfe zwischen der sozialdemokratischen Arbeiterschaft und dem konservativen und antisozialistischen Bürgertum. Während das

Bürgertum sich auf die Geschäftsleute, Fabrikanten, Beamte, Polizei und die örtliche Presse stützen konnte, hielt die Arbeiterschaft mit öffentlichen Massenversammlungen und Demonstrationen dagegen.

Eine besondere Rolle spielte das „Einbecker Tageblatt“, das unter dem verantwortlichen Redakteur Thamssen politisch immer weiter nach „rechtsaußen“ rückte und mit Worten immer wieder heftig die Sozialdemokratie . attackierte. Die Folge waren Demonstrationen verärgelter Arbeiter gegen diese Zeitung im Herbst 1919, wodurch die Zeitung gezwungen wurde, eine Erklärung abzdrukken, in der sie gelobte, sich künftig gegenüber der Arbeiterschaft zu mäßigen. Wie vergiftet das politische Klima bereits damals war, zeigte sich, als deutschnationale „Stahlhelmer“ am Rande einer Demonstration gewaltsam gegen demonstrierende Arbeiter vorgehen wollten, aber in die Flucht geschlagen wurden.

Die häufigen Konflikte mit dem Einbecker Bürgertum, das immer stärker seine innere Ablehnung von Republik und Demokratie zum Ausdruck brachte, aber auch die Enttäuschung vieler Arbeiter darüber, wie wenig sich trotz der Revolution gesellschaftlich geändert hatte, führten 1919 zu einem Richtungsstreit in der SPD, wobei sich die radikaleren Kräfte um Fritz Lohmann gegenüber den gemäßigten um Heinrich Röttger vorübergehend (bis 1923) durchsetzten.

Die innerparteilichen Diskussionen über die richtige Politik führten in Einbeck - anders als in anderen Städten - aber nie zu einer Spaltung der Partei. Eine USPD gab es zwar auch in Einbeck, aber sie blieb

praktisch bedeutungslos und kooperierte eng mit der SPD.

Die überregionale Bedeutung der Einbecker SPD schwächte sich nach 1918 ab, denn Göttingen wurde 1920 Sitz des neugeschaffenen SPD-Unterbezirks, zum Ärger der Einbecker Sozialdemokraten, die sich damit nur schwer abfinden konnten. Immer wieder mäkelten sie an Göttinger Entscheidungen herum der waren verärgert, wenn Zeitungsartikel im „Volksblatt“, der SPD-Tageszeitung, die in Göttingen hergestellt wurde, nicht rechtzeitig oder gekürzt erschienen. Am liebsten hätten die Einbecker eine eigene sozialdemokratische Zeitung gehabt, gleichsam als Gegengewicht zum „Einbecker Tageblatt“. Zwischen 1921 und 1923 schien dieser Traum auch mit der Einbecker „Volksstimme“ in Erfüllung zu gehen, doch im Krisenjahr 1923 wurde die Zeitung nach einem kurzfristigen Verbot wegen eines Artikels gegen die Schutzpolizei ganz eingestellt, da eine eigenständige SPD-Zeitung nur für Einbeck nicht rentabel war.

Dennoch blieb ein erheblicher Einfluss der Einbecker SPD auf den ganzen Unterbezirk Göttingen nach 1924 erhalten, sowohl politisch als auch personell.

Drei Beispiele sollen das belegen:

Erstens: Als sich Anfang 1924 im Einbecker Ortsverein wieder die gemäßigten, reformorientierten Kräfte durchgesetzt hatten, propagierten die Göttinger noch das Bündnis mit der KPD wie in Sachsen und Thüringen und wandten sich gegen Koalitionen mit bürgerlichen Parteien. Dagegen schrieben die Einbecker in einer Entschließung des Ortsver-

eins: „Die Teilmacht in einer Koalitionsregierung ist wertvoller als die Einflusslosigkeit außerhalb der Regierung... Wir erblicken in der Koalitionspolitik ein Stück proletarischen Klassenkampfes, das bis in die letzten Möglichkeiten ausgeschöpft werden muss.“ Bereits nach wenigen Monaten war dies die Mehrheitsposition im Unterbezirk.

Zweitens: Richard Borowski, eines der großen politischen Talente der Einbecker SPD, seit 1923 Lokalredakteur für das in Göttingen erscheinende Volksblatt, wechselte 1929 nach Göttingen, um dort die eminent wichtige Position des Unterbezirkssekretärs zu übernehmen.

Und drittens: Dieser Aufstieg Borowskis hatte auch damit zu tun, dass Einbeck nach 1924 zum mustergültigen Vorzeige-Ortsverein innerhalb des Unterbezirks geworden war. Nirgends hatte sich die Sozialdemokratie besser entwickelt als hier. Die Mitgliederzahlen wuchsen wieder erheblich bis auf ca. 300. Ein ganzer Kranz sozialdemokratischer Vereine und Organisationen hatte sich um die Partei herum gebildet, es existierte eine blühende eigenständige Arbeiterkultur und -öffentlichkeit. Es gab vorbildliche Jugendgruppen, eine sehr aktive Frauengruppe, die Konsumgenossen-

Bild 2: Dramatischer Club „Thalia“ vor dem Vereinslokal „Rheinischer Hof“, ca. 1925. Vordere Reihe v.l.n.r.: Elisabeth Fromme, Karl Fromme, unbekannt, Hermann (?) Oppermann, Anna Brand, Karl Jünemann. Hintere Reihe: Heinrich Fromme, unbekannt, Auguste Jünemann, unbekannt, Paul Mengel, Gustav Wollenweber, H. Seeger (?).



schaft, die Siedlungsgenossenschaft „Eigenheim“ und sogar einen Arbeiter - Theaterverein namens „Thalia“. (Bild 2).

Darüber hinaus fand eine rege innerparteiliche Bildungsarbeit statt (Bild 3), und die sozialdemokratischen Mandatsträger in den Kommunalparlamenten wurden intensiv geschult und beraten. Auch hatte in Einbeck der Generationswechsel im Ortsverein gut geklappt. Jüngere Funktionäre wie Messerschmidt, Borowski, Schelm, Fromme oder Jünemann ersetzten allmählich die älteren wie Röttger, Brandt, Lohmann oder Leiffhold.

Allerdings: Auch in der Weimarer Zeit blieb die SPD in Einbeck eine reine Arbeiterpartei, bürgerliche Mitglieder waren die Ausnahme. Die Klassengrenze zwischen Arbeiterschaft und Bürgertum hat-

te das Kaiserreich überlebt, ja sie war sogar noch schroffer geworden, weil viele Bürger ihre Vorrechte bedroht sahen und der vordemokratischen Vergangenheit nachtrauerten.

Kampf und Widerstand gegen den Nationalsozialismus (1930-1945)

Die Nationalsozialisten traten in Einbeck seit Februar 1930 häufiger öffentlich in Erscheinung, gründeten, nach einem ersten gescheiterten Versuch im Jahre 1924, erneut eine Ortsgruppe und erhielten rasch Zulauf, vor allem aus dem Bürgertum Fußnote 5. Schon im September 1930 kam die NSDAP bei den Reichstagswahlen auf ca. 25% der Stimmen und war damit auf Anhieb und schneller als anderswo zweitstärkste politische Kraft nach der SPD geworden. Das „Einbecker Tageblatt“ stellte sich umgehend in den Dienst der rechtsradikalen Partei und begann in einer Artikelserie unter der Überschrift „Splitter und Balken“ mit Angriffen auf die Kommunalpolitik der SPD und mit persönlichen Verleumdungen gegen führende SPD-Politiker wie Lohmann und Messerschmidt und gegen den liberalen Einbecker Bürgermeister Oehlmann. Diese Pressekampagne der Nazis steigerte sich noch, als 1931 durch den Konkurs des Versandhauses Stukenbrok die Arbeitslosigkeit in Einbeck hochschnellte und dies den „Marxisten“ angelastet wurde.

Diese Presseartikel zwangen die SPD sofort zur Reaktion und zwischen dem „Einbecker Tageblatt“ und dem „Volksblatt“ entwickelte sich ein regelrechter Pressekrieg, in dem der Ton beider Seiten immer aggressiver und rüder wurde. Aber es blieb nicht bei



Bild 3: 2. Agrarkursus des Bezirks Hannover im Victor-Adler-Heim bei Springe am Deister, vom 26. Januar - 1. Februar 1930. In der zweiten Reihe die Einbecker: 2.v.l. Karl Fromme, 4.v.l. H. Schelm, 5.v.l. Gustav Goslar.

Presseartikeln. Die NSDAP machte schnell deutlich, dass sie keine normale bürgerliche Partei war. Sie verstand sich als eine Massenbewegung und warb für ihre völkischen Ziele mit ähnlichen Methoden, wie es sonst nur die Arbeiterbewegung tat. Die Nazis organisierten ebenfalls Demonstrationen, Großkundgebungen, Aufmärsche und Propagandazüge. Allerdings schreckten sie im Unterschied etwa zur SPD nicht vor physischer Gewaltanwendung zurück und fanden auch nichts dabei, Andersdenkende zu überfallen und zusammenzuschlagen. Vor allem im Frühjahr und Sommer 1932 häuften sich derartige Naziüberfälle auf Sozialdemokraten in Einbeck und im Kreisgebiet. Die NSDAP ließ auch keinen Zweifel daran, dass sie um jeden Preis an die Macht kommen, die parlamentarische Demokratie abschaffen und eine Führer-Diktatur errichten wollte.

Vor allem in den Jahren 1931 und 1932 stellte sich die Einbecker Sozialdemokratie mit allen Kräften und mit allen legalen Mitteln dem stärker werdenden Nationalsozialismus entgegen. Unzählige Versammlungen, Kundgebungen und Aufmärsche wurden in der Stadt und auf den Dörfern organisiert, um vor der drohenden politischen Gefahr aufzuklären. Mit dem Reichsbanner und der Eisernen Front wurden Gegengewichte zur SA und der SS geschaffen, um sich vor Überfällen zu schützen.

Boykottdrohungen gegen nationalsozialistische Geschäftsleute wurden ausgesprochen, die Bereitschaft zum Generalstreik im Falle eines gewalttätigen Anschlags gegen die Demokratie wurde signalisiert. Im engsten Zirkel der Partei wurden insgeheim sogar Vorbereitungen für einen eventuellen Bürgerkrieg getroffen.

All diese Widerstandsmaßnahmen haben zwar die NSDAP nicht aufhalten können. Aber innerhalb der sozialdemokratischen Arbeiterschaft wirkten sie stabilisierend und stärkten die Entschlossenheit der SPD. Gerade in Einbeck erwies sich die SPD im Vergleich zu benachbarten Städten als außerordentlich widerstandstark und stabil gegenüber dem Nationalsozialismus. Gelähmt wurde der Widerstandswille vor allem durch die Untätigkeit der SPD - Parteiführung nach dem Preußen-Staatsstreik Papens im Juli 1932. Die Absetzung der SPD-geführten Braun-Severing - Regierung in Preußen wäre in den Augen vieler Sozialdemokraten der geeignete Anlass gewesen, wie beim Kapp - Putsch 1920 den Generalstreik auszurufen und die Nazibewegung doch noch zu stoppen.

Nach dem 30. Januar 1933, der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler, konnten die Einbecker Sozialdemokraten noch ein letztes Mal ihren Protest mit einer Kundgebung öffentlich artikulieren. Bald darauf folgten Unterdrückung und Verfolgung. Im März 1933 wurde Einbeck „gleichgeschaltet“. Die Nazis übernahmen die totale Kontrolle über die Stadt. Die sozialdemokratischen Senatoren Lohmann und Röttger sowie der liberale Bürgermeister Oehlmann wurden abgesetzt (Bild 4), alle gewählten SPD-Abgeordneten aus den Kommunalparlamenten hinausgedrängt, SPD-Mitglieder und jüdische Mitbürger aus dem öffentlichen Dienst entlassen. In Einbeck gab es im April zahlreiche Hausdurchsuchungen bei führenden Sozialdemokraten. Auch zu Verhaftungen kam es. Am schlimmsten traf es August Jünemann, der drei Monate im KZ Esterwegen interniert wurde. Richard Borowski wurde in Göttingen verhaftet.



Einbeck, den 30. März 1933.

Bürgermeister Dr. Dehlmann beurlaubt.

Gestern vormittag ist Bürgermeister Dr. Dehlmann auf Anweisung des Regierungspräsidenten in Hildesheim von seinen Dienstgeschäften beurlaubt. Zugleich wurden die SPD.-Senatoren Lohmann und Röttger ihres Dienstes enthoben. Mit der kommissarischen Verwaltung der Bürgermeisterstelle ist der komm. Landrat, Regierungsrat Dr. Heinrichs beauftragt.

Bild 4: Bekanntmachung über die Absetzung von Bürgermeister Oehlmann in der Einbecker Morgenpost vom 30.3.1933.

Alfred Kayser, führendes Mitglied der Arbeiterjugend und jüdischer Abstammung, emigrierte 1936 noch rechtzeitig nach Palästina/Israel und kehrte erst Jahrzehnte später nach Einbeck zurück.

Anders als beim Sozialistengesetz 1878 gab es nach dem Verbot der SPD im Juni 1933 durch die Nazis keine illegale Fortsetzung der politischen Arbeit bei den Einbecker Sozialdemokraten. Das wurde als zu gefährlich eingeschätzt. Man ging auf Tauchstation, hielt die Kontakte privat aufrecht, traf sich gelegentlich und hoffte auf ein baldiges „Abwirtschaften“ der Nazis, um dann wieder politisch präsent zu sein.

Der Wiederaufbau der SPD nach 1945

Erst 12 Jahre später war Einbeck wieder frei vom Nationalsozialismus, befreit von amerikanischen Truppen am 9.4.1945. Das britische Militär, das dann die Verwaltung der Stadt übernahm, beauftragte auch eine Reihe von Sozialdemokraten/innen mit dem Wiederaufbau einer demokratischen Verwaltung, so z.B. Messerschmidt, Schelm, Auguste Jünemann, Kuez, Stahlmann, Eisfeld und Urbanczyk. Es gelang jedoch nicht, den Bürgermeisterposten mit einem Sozialdemokraten zu besetzen. Dagegen wurde Richard Borowski Landrat.

Die Wiedergründung des SPD-Ortsvereins kam im August 1945 nur zögerlich voran. Im wesentlichen waren es die führenden Mitglieder der Weimarer Zeit, die am ersten Treffen teilnahmen und den Wiederaufbau der Organisation übernahmen. Vertreter der jüngeren Generation und ganz neue Gesichter fehlten zunächst. Einig war sich die Mehrheit

in der Ablehnung einer gemeinsamen Arbeiterpartei mit den Kommunisten. In dieser Frage prägten die negativen Erfahrungen aus der Weimarer Zeit stärker als die gemeinsam erlittenen Verfolgungen. Im Unterschied dazu wurden beim Neuaufbau der Gewerkschaften und der Sportvereine bewusst andere Akzente gesetzt: In diesem Bereich setzte sich der Gedanke von Einheitsgewerkschaften und der eines übergreifenden Vereinswesens durch, ein Hinweis darauf, dass die Zeit der starren Klassengegensätze 1945 vorbei war.

Die politischen Mehrheitsverhältnisse in Einbeck nach 1945 zeigten verblüffenderweise das aus der Weimarer Zeit durchaus vertraute Bild, obwohl es durch den Krieg und den Zustrom der Flüchtlinge und Heimatvertriebenen erhebliche Bevölkerungsveränderungen gegeben hatte:

Weiterhin waren die Mehrheiten äußerst knapp, 1946 lagen die neu gegründeten demokratischen bürgerlichen Parteien vorn, 1948 drehte sich das

Bild, und die SPD bestimmte von nun an maßgeblich die Kommunalpolitik. Wilhelm Messerschmidt wurde der erste sozialdemokratische Bürgermeister Einbecks, dem in den 50er Jahren Auguste Jünnemann als erste Einbecker Frau in dieser bedeutenden Funktion folgte. Diese dauerhaften Erfolge der SPD wurden aber erst möglich durch die Erarbeitung einer mehrheitsfähigen kommunalen Reformpolitik und durch die Öffnung der Partei über die Arbeiterschaft hinaus zur linken Volkspartei in den 50er und 60er Jahren.

Inzwischen liegen schon wieder fast 50 Jahre zwischen der Gegenwart und 1945. Ich möchte anregen, diese letzten fünf Jahrzehnte der örtlichen SPD-Geschichte schon bald intensiv aufzuarbeiten. Noch leben viele der Aktiven aus den 50er, 60er, 70er und 80er Jahren und könnten dabei mithelfen, ihr Wissen und ihre Erfahrungen aufzuschreiben und weiterzureichen an die „Enkel“ und „Urenkel“, die jetzt und künftig den Kurs der Partei bestimmen.

Fußnoten

Fußnote 1

Ausformulierte Fassung des Kurzreferats über die Geschichte der Einbecker Sozialdemokratie, gehalten am 26.9.94 zur Ausstellungsöffnung in der Einbecker Rathaushalle. Der Vorstand des Geschichtsvereins hat sich zum Abdruck dieses Vortrages entschieden, da die Geschichte der örtlichen Parteien auch ein Teil der Stadtgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts ist. Der Vorstand beabsichtigt mit dieser Veröffentlichung keine politische Stellungnahme für oder gegen eine der heute bestehenden politischen Parteien. Weitere historische Aufarbeitungen, etwa zu den bürgerlichen Parteien der Zeit der Weimarer Republik, sind sehr erwünscht. Da kein neues Bildmaterial der handelnden Personen vorliegt, wird auf eine umfangreichere Bebilderung verzichtet und auf die in Anmerkung 3 und 4 genannten Veröffentlichungen verwiesen. zurück

Fußnote 2

E. Koch, Die Geschichte der SPD in Einbeck und Uslar. Von den Anfängen bis zum Wiederaufbau der lokalen Organisationen nach 1945. Eine vergleichende Studie. Schriftliche Hausarbeit im Rahmen der fachwissenschaftlichen Prüfung für das Lehramt an Gymnasien. Göttingen 1976. zurück

Fußnote 3

SPD-Ortsverein Einbeck-Kernstadt (Hrsg.), Sozialdemokratie in Einbeck, 1869-1989. Einbeck 1989.

Fußnote 4

Vgl. hierzu: G. Tölke, Zur Geschichte Einbecks in der Zeit der Weimarer Republik (1918 - 1933). In: H. Hülse, Cl. Spörer (Bearb.), Geschichte der Stadt Einbeck, Bd. 2, 1993, 139-174. Außerdem: F. Meyer, Vor 65 Jahren: Die Novemberrevolution 1918/19 in Einbeck. Einbecker Jahrbuch 34, 1983, 111-161 und 35 1984 5-42. zurück

Fußnote 5

Vgl. Hierzu Hinrich Lange, Einbeck zur Zeit des Nationalsozialismus. In: H. Hülse, Cl. Spörer (Bearb.), Geschichte der Stadt Einbeck Bd 2 1993 175-M2. Ilse Brinkmann, Dokumentation zur Geschichte der Stadt Einbeck 1918-1945. Einbeck 1987

IMPRESSUM

Herausgeber:
SPD-Abteilung Einbeck (Kernstadt)
Altendorfer Straße 35
37574 Einbeck

